



# Bestandsobergrenzen für Tierhaltungen einführen

**Rede von Kirsten Tackmann, 05. November 2015**

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Liebe Gäste auf der Tribüne! Vor über einem Jahr hat die Linke ihren Antrag dem Bundestag vorgelegt. Ja, wir wollen die Größe von Nutztierbeständen am Standort und die Anzahl der Nutztiere in den Regionen deckeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Das richtet sich ausdrücklich nicht gegen die Tierhaltung in landwirtschaftlichen Betrieben. Im Gegenteil: Hier kämpfen viele tagtäglich um bestmögliche Bedingungen für Tiere, Menschen und Umwelt. Sie brauchen uns, und wir brauchen sie - für die Lebensmittelproduktion, aber auch zum Erhalt des Grünlandes, der Bodenfruchtbarkeit und zur Pflege der Kulturlandschaft. Der Widerstand in den Regionen richtet sich gegen die Megaställe, und das völlig zu Recht.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Seien wir doch einmal ehrlich: Die Skepsis gegenüber Anlagen mit 400 000 Hähnchen oder 40 000

Schweinen gibt es doch in allen Fraktionen. Wenn in einem einzigen Landkreis 100 000 Hektar zur Gülleausbringung fehlen, dann ist das doch ein real existierendes Problem. Ich sage ganz klar - auch wenn das in Niedersachsen vielleicht mancher denkt - : Ostdeutschland ist kein Gülleerwartungsland.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu viele Nutztiere an einem Standort oder in einer Region gehen aber auch auf Kosten der Lebensqualität in den Dörfern. Ich sage ganz klar: Wer lebendige Dörfer will, muss auch das im Auge behalten.

Für mich als Tierärztin gibt es aber noch einen weiteren schwerwiegenden Grund für unseren Antrag. Stellen wir uns doch einmal Folgendes vor: In einem solchen Megabestand oder in einer so extrem viehdichten Region gibt es den Verdacht einer gefährlichen Tierseuche, sagen wir mal Vogelgrippe oder Schweinepest. Dann müssen alle Tiere getötet werden. Im August 2007 mussten zum Beispiel auf einem einzigen Hof in Bayern 160 000 Enten wegen Vogelgrippe gekeult werden. Das war die bisher größte Keulungsaktion, die es in Deutschland gab. Zwischen 2004 und 2014 mussten wegen Vogelgrippe deutschlandweit 1,2 Millionen Stück Geflügel getötet werden. Fast die Hälfte stammte aus dem sogenannten Geflügelgürtel Niedersachsens. Ich finde, das ist ein Drama.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer solche Folgen minimieren will, muss die Bestandsgrößen deckeln und die Bestandsdichte in den Regionen reduzieren, erst recht, weil das Risiko der Einschleppung von Tierseuchen in der globalisierten Welt noch steigt. Natürlich brauchen wir für solche Obergrenzen wissenschaftliche

Grundlagen. Aber genau das fordert ja die Linke. Hören Sie also heute auf die Stimme der Vernunft, und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit können wir zum Beispiel auch den Frieden wieder in die Dörfer tragen. Ich sage ganz klar: Damit stärken wir der regional angepassten landwirtschaftlichen Tierhaltung den Rücken. Diese Betriebe müssen gerade einiges aushalten: viel körperlich schwere Arbeit, oft zu wenig familienfreundlichen Zeiten. Statt faire Erzeugerpreise bekommen sie nur Almosen, während sich Supermarktketten, Schlachthöfe oder Molkereien ihre Gewinne sichern. - Deshalb kämpfen viele Betriebe tagtäglich ums Überleben. Trotzdem sollen sie für mehr Tierwohl sorgen, die Umwelt schützen und Mindestlohn zahlen. Ich kann gut verstehen, wenn sie sich zu Unrecht an den Pranger gestellt fühlen und die Welt nicht mehr verstehen; denn sie sind die Verlierer einer falschen EU-Agrarpolitik. Sie hat die Landwirtschaft zum billigen Rohstofflieferanten für den Weltagrarmarkt degradiert. Aus Sicht der Linken ist das ein fataler Fehler,

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

der übrigens auch die Akzeptanz der Bevölkerung kostet. In der Tierhaltungsdebatte geht es doch nicht nur um ethische Bedenken, sondern auch darum, dass die Kuh in der Nachbarschaft eher akzeptiert wird, wenn ihre Milch die Region versorgt, statt zu Milchpulver verarbeitet nach China geschickt zu werden. Es gibt also gute Gründe, dem Antrag der Linken heute zuzustimmen. Ich bitte Sie darum.

(Beifall bei der LINKEN)

